

der Ortskrankenkassen und ihrer Mitglieder anzusprechen. Die letzteren zeigen überhaupt kein Interesse für Betriebskrankenkassen und stehen ihnen meist fremd und ablehnend gegenüber.

Es sei bei der geschiederten Sachlage wirklich der Wille des Gesetzgebers war, durch strikte Festlegung von gesetzlichen Bestimmungen für immer einer Veränderung sich etwa ergebender Mißstände vorzubeugen, erscheint mehr als fraglich. Im Hinblick auf vorstehend geschiederten Sachverhalt ist dies nicht anzunehmen; denn schließlich sind die gesetzlichen Bestimmungen nicht immer auf alle im Leben vorkommenden Fälle und Verhältnisse zugeschnitten und anwendbar. Von diesem Gesichtspunkte aus beurteilt, hoffen die beteiligten Ortskrankenkassen, daß eine Veränderung der zurzeit bestehenden belagerten Zustände herbeigeführt werden kann und haben deshalb an maßgebender Stelle entsprechende Anregungen gegeben. Inwieweit ihren Hoffnungen und Wünschen Rechnung gegeben wird, muß die Zukunft lehren.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Feststellungsergebnis vom 6. Mai.

Als Gesamtresultat hat die gemeindefreie Arbeitslosigkeit weiter abgenommen. Es meldeten sich von 83 000 Mitgliedern 148 oder vom Hundert 0,18 arbeitslos, gegenüber 169 oder 0,20 vom Hundert am vorigen Jahrestage. Im Bezirk Stettin hat die schon am vorigen Jahrestage eingetretene Zunahme aufgehoben. Außerdem weisen diesmal die Bezirke Berlin und Nürnberg einige Arbeitslosigkeit mehr auf. Das Verhältnis der Arbeitslosigkeit zum Mitgliederbestand blieb jedoch unter 1 vom Hundert; es betrug in Stettin 0,6, in Berlin 0,5 und in Nürnberg 0,2. Die Zahl der zu unterstützenden Arbeitslosen war etwas höher als in der Vorwoche. Waren diesmal 92 oder vom Mitgliederbestand 0,11 zu unterstützen, so in der Vorwoche 79 oder 0,10 vom Hundert.

Bezirk	Zahl der Mitglieder		In den verschiedenen Gewerkschaften		In den bestehenden Gewerkschaften		In den bestehenden Gewerkschaften	
	Arbeitslos	Arbeitslos vom Hundert	Arbeitslos	Arbeitslos vom Hundert	Arbeitslos	Arbeitslos vom Hundert	Arbeitslos	Arbeitslos vom Hundert
1. Königsberg	21	21	1792	2	8	3	3	3
2. Bromberg	81	81	1599	2	8	4	4	4
3. Stettin	55	55	1406	2	8	4	4	4
4. Breslau	54	54	3179	2	8	4	4	4
5. Berlin	78	78	10201	38	24	9	315	2
6. Magdeburg	82	82	8526	1	1	1	1	1
7. Halle	41	41	1980	1	1	1	1	1
8. Frankfurt	14	14	5750	1	1	1	1	1
9. Köln	15	15	7629	1	1	1	1	1
10. Dortmund	17	17	2644	1	1	1	1	1
11. Hannover	44	44	2630	5	7	1	1	1
12. Bremen	28	28	2697	1	1	1	1	1
13. Hamburg	64	64	5508	20	24	4	28	28
14. Hofstadt	63	63	1636	3	2	1	1	1
15. Dresden	16	16	7024	7	11	1	12	12
16. Leipzig	79	79	7939	5	6	1	1	1
17. Nürnberg	29	29	2842	2	3	1	1	1
18. München	85	85	3765	8	7	3	15	15
19. Stuttgart	8	8	1311	1	1	1	1	1
20. Karlsruhe	15	15	2948	1	1	1	1	1
21. Straßburg	5	5	143	1	1	1	1	1
Zusammen	785	785	83099	92	100	20	618	3

Vorläufer der Gewerkschaften in Nürnberg.

Stehen sich heute „Kapital und Arbeit“ gegenüber, so im Mittelalter „Meister und Knecht“. Je deutlicher es für den Knecht, den späteren Gesellen, wurde, daß er in die Handwerksorganisation nicht hineinpassen konnte, weil man ihn mannigfach erniederte, Meister zu werden, desto höher wurde dem Knecht der Gegenstand zum Meister. Daß der einzelne den mächtigeren Meistern gegenüber nicht widerstandsfähig war, führte zur Ausbildung der zu religiösen und zu Unterhaltungszielen geschaffenen Gesellenverbindungen, zu sozialen Kampforganisationen. Die Gewerkschaft gegen die Organisation der Gesellen, wie ihr Kampf um ihre Existenz, kennzeichnet die soziale Geschichte Nürnbergs im 13. und in späteren Jahrhunderten. Diese Gegenstandslosigkeit steigerte die Zusammengehörigkeit, das Selbstbewußtsein, die Standesbegehr, die Erene und die Solidarität der Gesellen. Sie führte dazu, daß die Organisation alle umfaßte, die für sie übernahm in Betracht kamen. So wurden die mittelalterlichen „Knechte“ Nürnbergs leuchtende Beispiele für den Zusammenhalt der Gesellen und für die Schöpfung der Organisation.

So achtenswert uns diese Gesellenverbindungen erscheinen, so sind sie doch nicht in eine Reihe zu stellen mit unseren gewerkschaftlichen Organisationen. Der heutige Arbeiter hat das Bild einer großen Volkswirtschaft und einer unbegrenzten Weltwirtschaft vor sich. Bei aller Neugierde für seine Berufsorganisation führt er sich nicht nur als Berufsgenosse, sondern auch als Arbeiter beschaffend; der mittelalterliche Geselle sah sich begrenzt in seinen Interessen durch die Beschränkung seiner Meister, durch die geschlossene Stadtwirtschaft, in die er hineingeworfen wurde, wenn er auch als wandernder Geselle Verbindung mit den Berufsgegnossen in andern Städten, ja über die Grenzen des alten Reiches hinaus anknüpfte. Fast niemals kam er

Die Wohnungsnot im bayerischen Landtag.

Die bayerische Abgeordnetenkammer hat sich vor einiger Zeit mit dem Wohnungsnot und der beschleunigten und zu erwartenden Wohnungsnot beschäftigt. Von der Regierung wurde der beschleunigte und drohende Wohnungsmangel auf dem Gebiete des Wohnungswezens ohne weiteres ausgegeben. Minister v. Bretschich führte dazu aus:

„Die schon in Friedenszeiten große Bedeutung der Wohnungsfrage ist im Laufe des Krieges noch außerordentlich gewachsen. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich ungefähr 350 000 bis 400 000 Wohnungen neu hergestellt, davon in Bayern etwa 25 000 bis 30 000. Zu Anfang des Krieges machte sich infolge der Verfassung geheimer Haushalte noch kein Wohnungsmangel bemerkbar. Seit 1916 ist aber ein harter Mangel an Wohnungen eingetreten, besonders fehlt es an kleineren und mittleren Wohnungen, so daß in zahlreichen Städten zu Notmaßnahmen gezwungen werden mußte. Die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Krieg kann mit Sicherheit noch nicht vorausgesagt werden, da der Bedarf in den einzelnen Städten nicht feststeht. Immerhin kann jetzt schon gesagt werden, daß der Bedarf an kleinen und mittleren Wohnungen in den meisten Städten sehr groß sein wird und daß die Aufgabe zu berechnen ist, wieviel Wohnungen neu hergestellt werden müssen. Vor allem sind die geistreichen freigegebenen Räume in Bayern über 20 000 Personen, unterzubringen. Tausende zurückkehrende Krieger wollen ihren Hausstand gründen. Dazu kommen die zahlreichen Auslandsdeutschen und die Abwanderung von großen in kleinere Wohnungen infolge zahlreicher Todesfälle und der stärkeren Belastung durch die Steuern und die Kriegsteuerung. Der Bedarf an neuen Wohnungen bis Ende des ersten Friedensjahres wird in Deutschland auf rund 750 000, in den ersten Monaten auf rund 300 000 berechnet, wovon der weitaus größte Teil auf kleine und Mittelmwohnungen entfällt. Eine halbwegs annehmbare Lösung der Wohnungsfrage bietet einen solchen Weg von Schwierigkeiten, daß man fast verzagen könnte. Deshalb müssen alle betroffenen Parteien, Staat und Gemeinden, alle Versicherungsträger, die gemeinnützigen Bauvereine und Private zusammenarbeiten, damit wir zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen.“

Der Minister führte weiter aus, der Staat könne, soweit er nicht als Arbeitgeber für seine Arbeiter und Beamten in Betracht komme, nicht selbst Wohnungen bauen. Die Herstellung von Wohnungen obliegt grundsätzlich der gemeinnützigen Wohnungsfürsorge, den Gemeinden und den Bauvereinen. Dem Staat obliegt die Überwachung, die Aufsichtführung, ferner die Unterstützung der Bautätigkeit durch Feststellung von Baugeländen und Bauplätzen. Die Regierung habe um die nötigen Grundlagen zu erhalten und den Gemeinden zu ermöglichen, bessere Bauprogramme für ihre Bezirke anzufertigen, Erhebungen über die bestehenden Wohnungen, die Gründung neuer Haushalte und die Zuwanderung von Anbütern veranlaßt. Diese Erhebungen böten ein klares Bild von dem empfindlichen Mangel an Kleinwohnungen und der Verteuerung der Baufstoffe. Die Gemeinden seien wiederholt angewiesen worden, für rechtzeitige Bereitstellung von Baugrund zu angemessenen Preisen, Aufstellung von Bauplänen und Sicherung der Straßenherstellung zu sorgen. Leider sei nicht in allen Gemeinden dieser Frage das nötige Verständnis entgegengebracht worden. Man müsse erwarten, daß das Bedauern nachgehört werde. Die unmittelbare Beteiligung des Staates an der Bereitstellung baureifen Geländes wäre erwünscht,

jedoch habe der Staat nur sehr wenig eigenes Gelände. Die Erhaltung des Kostenaufwandes bei der Wohnungsherstellung betrage 80 bis 100 pSt. Infolgedessen müsse möglichst billig und einfach gebaut werden. In dieser Richtung könne noch viel erreicht werden, obgleich die Bauten auch künftig gesundheitslichen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen müßten. Zu den gegenwärtigen Baupreisen könnten weder die gemeinnützigen Bauvereine noch der Staat viele Schwierigkeiten haben. Die Beschaffung von Holz und Heeresverwertung weiterer Entgelte könnten zeigen. Auch die Gemeinden, soweit sie Wald besitzen, müßten sich beteiligen, einzelne Städte hätten sich in dieser Richtung schon bereitwillig, vorgegeben. Schwieriger liege die Frage der Beschaffung der Ziegel, des Zements, Kalks und Baueisens. Hier fehle es an Rohstoffen und der Mangel an Herstellung des Bedarfs des Heeres und der Rüstungsindustrie. Diese großen Schwierigkeiten müßten aber einfach überwunden werden.

Der Minister stellte dann die Gründung eines Landesvereins der Baustoffverbraucher in Aussicht, der die Vermittlung von Baustoffen zu billigen Preisen übernehmen soll. Dieser Verein soll auch als Vermittlungsstelle dienen für alle von den Baugesellschaften oder der Heeresverwaltung freigegebenen Baustoffe und der Zusammenfassung aller Bestellungen, die zu einer Senkung der Baupreisliste führen können. Gegen Preissteigerungen werde die Regierung bei den zuständigen Reichsteilen einwirken. Im Ausnahmefalle, besonders auch auf dem Gebiete des Sanitätswesens, erfolgreich bekämpfen zu können, sei es nötig, daß die Regierung von den Bauunternehmern, den Wohnungsverbraucher und Bauarbeitern unterstützt werde.

Ueber die Geldbeschaffung sagte der Minister, diese werde nicht geringe Schwierigkeiten bieten. Es werde den engen Zusammenarbeiten des Privatkapitals, von Gemeinden und Staat, der Kredit, der Sparkassen und Stiftungen bedürfen, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Für die Bekämpfung der ersten Hypotheken müßten die Hypothekendarlehen und die Sparkassen eintreten. Die Staatsregierung würde entsprechend mit allem Nachdruck vorgehen. Auch für die zweiten Hypotheken kämen die Hypothekendarlehen, Versicherungsinstitute und Sparkassen in Betracht. Die Gemeinden müßten die Haftung übernehmen. Für den weiteren Geldbedarf müßten die Bauunternehmer, insbesondere die gemeinnützigen Bauvereine, eintreten, denen finanzielle Unterstützung werden müsse durch die Gemeinden und den Staat. Die Staatsregierung habe bereits drei Millionen vorgezogen, von denen 1,7 Millionen zur Stärkung der einzelnen Bauvereine bestimmt seien. Hierfür könnten etwa 2000 Wohnungen hergestellt werden. Aus Kreismitteln ständen gleichfalls nicht unerhebliche Beträge zur Verfügung. Nachdem die Wohnungsmangel vor allem durch den Krieg hervorgerufen worden ist, würde es recht und billig, daß auch das Reich gewisse finanzielle Mittel für die allgemeine Wohnungsfürsorge im Interesse der dringend notwendigen Entlastung der Einzelstaaten und der Gemeinden gewähre.

Nach dem Minister des Innern sprach der Kriegsminister v. Hellwig g. H. Er erklärte sich durchaus bereit, an der Lösung der Wohnungsfrage mitzuwirken, soweit die Heeresleitung dazu berufen sei. Was er aber zu einem Antrag sagte, der unter anderem die Überleitung von Leihbauten und Baustoffen verlangte, die aus den Heeresbeständen frei werden, kann nicht leicht fortpflanzen. „Ich glaube“, so sagte er, „daß diese Leihbauten, Baustoffen, weniger als Ersatz für Wohnungsbauten als für Waffenquartiere sich eignen werden. Auch ist zu bedenken, daß eine

Steigerung der Macht des Kapitalismus. In den aufgeführten Jahren nach der Einführung der Reformen begeben die Gesellen, beim Finden des Weges über ihre Standesgenossen, soweit sie Sache des Handwerkes war, mitzuwachen, sie verlangten, daß die Sittenpolizei und die Arbeitsvermittlung nicht ohne sie geübt würden. Sie wollten die Zurückweisung von Handwerkern, auf denen sie zusammenkommen konnten, sie beanpruchten, daß man sie bei der Ordnung des Handwerks einfließen lasse.

Die Schenke Alerte, später erst wurde der Kundendörberg geschäftlich war der Mittelpunkt der Vereinigung. Diese Vereinigung empfanden die Gesellen als moralischen Zwang. Sie hätten sich geübt, nicht als an der Arbeit, sondern auch dort, wo sie nicht hätten kommen können, wenn sie den Eintritt verweigerten oder der Weiterarbeit nicht genigten. Die Schenke war die Mittelpunkt der Gesellen, der Mittelpunkt des Verkehrs, wo die Wandernden einkehrten, wo man feste feierte und wo Gericht gehalten wurde. Die Aufrechterhaltung guter Sitten und würdiger Ordnung auf der Feiern war in den guten Zeiten der Gesellenchaft die Hauptaufgabe des überhaupt auf Tüchtigkeit und Just gehaltenen Standesbewußtseins, das seit gegründet war auf die Verbindung gleichgestimmter Genossen.

Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit, Arbeitsvermittlung und Arbeitsvertrag bildeten auch in den sozialen kämpfen der Zeitgenossen. Je ausgedehnter der Kampf in der Weltwirtschaft war, desto mehr empfanden der Wunsch der Gesellen, schon als Gesellen, aber nicht als Arbeiter zu sein. Kämpfe um die Lohnhöhe waren aus dem Kampf um die Entwertung des Geldes mit ganz außerordentlich umfangreichen und schwierigen Konflikten zu rechnen haben, so hatte auch die große Geldentwertung im 16. Jahrhundert die Gesellenverbände stark bestimmt. Lange

über den Fickel seines Berufes und etwa mit ihm verknüpfte Gewerbe hinaus. Der Begriff des Arbeiters ohne Unterscheidung des Berufes war den mittelalterlichen Kämpfern fremd. Nur bei ganz verzweigten sozialen Gruppen, wo sich die hauptsächlich nachstehenden gegen alle Gesellenverbindungen gleichzeitig wandten, tritt uns etwas der modernen Arbeiterbewegung Ähnliches entgegen: Der Zusammenschluß aller Arbeiter ohne Unterscheidung des Berufes; doch wohl nur deshalb, weil gleichzeitig die Gesellenverbindungen jedes Berufes der betreffenden Stadt angegriffen wurden.

Wie sehr die Organisationsbestrebungen verfolgt wurden, sei an einem Beispiel erwähnt. Im Jahre 1507 brachte die Nürnberger Obrigkeit in Erfahrung, daß seit drei oder vier Jahren die Zirkelgesellschaften ein „günstig Weisen“ unterhielten, alle vier Wochen eine Schenke hätten, die Gesellen bewachten, die nicht dazu erschienen, um Geld zu legen und an der Hand zu geben, die in eine Weise legten. Der Rat ließ die Zirkelgesellschaften auf die Gesellen sich gegen den Zirkel und besetzte die Wirtshäuser mit acht Tagen Zorn- oder Kuchengeld, und zwar deshalb, wie er ausdrücklich hervorhob, so nicht, weil die Schulden Nürnberger Bürger seien. Die Gesellen wurden fort und fort durch das Handwerkrecht eingepreist, politisch geschädigt durch die bei dem Vernein des Bürgerrechtes geleisteten Ansprüche des Jenus, wirtschaftlich benachteiligt durch die ökonomische Revolution, die mit der Auffindung des Seeweges nach Ostindien und mit der Entdeckung Amerikas zusammenhängt. Die Reformen brachten, wie schon die Einführung vieler Heierlage erweist,

Für die folgenden Ausführungen ist vor allem benutzt das schöne, den Lesern der „Grundstein“ auf das wärmste zu empfehlende Buch: Soziale Kämpfe vor dem hundert Jahren. Nürnbergs Geschichte Studien von Bruno Schönlank. Zweite Auflage. Leipzig, Tübingen & München, 1907.

große Zahl von ihnen nur auf ihrem jetzigen Aufstellungsorte verweilbar ist, weil ein Abbau und Wiederaufbau an anderer Stelle unwirtschaftlich wäre. Dies gilt besonders für die Geranten des Selbstbaus, die bei einem Abbau erheblichen Schäden leiden müßten. Zudem hat die Herrensverwaltung selbst großen Bedarf an Unterkunftsstätten unterkommenden Truppen, für die wir doch nicht übermäßig Wägerequartiere in Anspruch nehmen wollen, und zudem auch für die Lagerung von hochwertigen Materialien. Bei der Ueberlassung von Wohnstätten handelt es sich vornehmlich um Holz und Zement. Was davon nach dem Kriege vorhanden und entbehrlich ist, wird mit dem übrigen freizubehaltenden Heeresgerät auf einem Wege ausgeführt werden, der eine spekulative Verwertung ausschließt. Der Minister verfährt weiter, sich für die Ueberlassung der Wohnstätten nach dem Kriege zu befähigen, gegen Kasse das, was er über die Bereitstellung von Arbeitskräften sagte, wenig aufzufassen. Mit Kriegsgesangenen werde leider nicht in größerem Umfang nachgeholfen werden können, weil der Bestand nicht einmal für die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung ausreicht. Durch Ueberlassung von Mannschaften werde soweit als möglich nachgeholfen werden. Ueber Umfang und Art dieser Förderung könne aber vorläufig nichts gesagt werden, schon deshalb, um keine bestimmten Hoffnungen zu erwecken, die nicht erfüllt werden könnten.

Die Kammer nahm schließlich einstimmig die auf Förderung des Wohnungsbaues hingelenden Vorschläge an.

Sparame Bauweise und Kleinwohnungsbau.

Wenn auch, wie wir vor einigen Wochen berichtet haben, unser Verband den Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise betreten ist, hatten wir es doch noch nie für unsere Pflicht, die Spararbeit der Bauweise auf Kosten der Volksgesundheit und des kulturellen Wertschritts zu bekämpfen. Aus diesem Grunde müßten wir auch nicht nehmen von einem Artikel der „Deutschen Arbeitszeitung“ für das Baugewerbe“ vom 12. Mai 1918, der auf die Gefahren unangenehmer Spararbeit bei der Herstellung von Kleinwohnungen aufmerksam macht. Dort wird unter anderem ausgeführt:

„Zugwände, selbst mit Holzverkleidung außen, sind zu luftig, das Weite und Solide ist gänzlich verloren, die Ziegelwand als Luftung. Eine Außenwand aber, die auf Grund beschränkter Bauplätze überhaupt als 30 cm ausgeführt wird, schlägt durch; sie wird also an den Wetterlagen innen immer feucht sein. Ein Raum ferner, der weniger als 2,85 m tiefe Höhe hat, ist gesundheitlich nicht als einwandfrei zu bezeichnen. In dem größten zum Schlafen bestimmten Raum des Bauwerkes mögen zwei oder drei Betten eingebracht sein, der kleinste Raum wird jedoch überfüllt mit der doppelten Anzahl Betten als Schlafraum in Benutzung genommen. In diesem niedrigen nachgelassenen Raum wird also die frische Luft sehr schnell aufgebraucht. Die Wohnungen sollen billiger werden! Die Folge ist, daß an allen Stellen geparkt werden muß. Sehr oft werden Dachziegel und Schiefer fortgeworfen, und feuchte Metallräume sind die Folge. Balken, Dichtungsbretter, Dachstuhl, Fenster und Türen müssen schließlich als allgemein üblich ausgeführt werden, wenn die Wirtschaftlichkeit herausgerechnet werden soll. Und wer trägt den Schaden davon? Die Bewohner und nicht zuletzt die gute Sache, die Gesundheit und Gesundheit der Menschen. Den Bewohnern wird der Aufenthalt in einem Hause verleidet, wo später kostbare Heizungsbauwerke sind, und die

Genossenschaften kommen zu keiner Begründung, weil die Unterhaltungskosten und die Nacharbeiten nicht aufzählen. Neuerdings machen sich nun sogar Bestrebungen geltend, die sparsame Bauweise noch mehr als früher einzuführen. Es gibt ja kein Baumaterial! Und da befindet man sich auf die Ueberlieferung der Behauptung, daß die sparsame Bauweise etwas modernisiert, Behauptung mit Realgehalt und Betonarmierung, auf die Herstellung von Mauern aus Ziegeln, Schlacke oder Kalkstein, aus Zement mit Zementbindemittel, auf die Konstruktion in sogenannter Kalkelmauer usw. . . . Der Verband zur Förderung der sparsamen Bauweise geht in seinem Realismus mit seinen Vorschlägen so weit, daß er eine Wandlung in der Anschauung hinsichtlich des künftigen Zielungsbaufeldes und eine Einstellung. Aber er doch sogar einer Weltanschauung in Form von Ergründungshäusern, ergründlichsten Bauten usw., wenn auch nur als einseitiger Vorstufe, das Wort. Vor dieser Vorstufe als späteren Bedenken, die sich aus ihren Unterständen in Weis und Ost mit Schmerzen nach einem traurigen Beispiel beim Ueber, davor bester der Himmel alle die Handwerker, die am Auf- und Ausbau der Gebäude mühen sind. Gegen diese Art sparsamer Bauweise müssen wir in Augen der heimischen Arbeiter mit aller Entschiedenheit und des Kulturfortschritts des Volkes wenden. Wenn man bereits vor Ausbruch des Krieges durch beschränkte Maßnahmen allerorten betrieb, dann dürfen nicht nach dem Weltkriegsstande in die Erde eingebaute Wohnstätten von der gleichen Höhe als zulässig betrachtet werden, sei es auch nur vorübergehend und auf Grund. Selbst im dichtesten Irmland kommt es, wegen der gesundheitlichen Verhältnisse, wegen der schwierigen und kostspieligen Herstellung der Einfacheren nicht in den Sinn, die Gebäude oder Erdhöhlen als Wohnstätten zu schaffen. Das Wohnhaus mit über dem Erdboden liegenden Wohngelegenheiten. Dieser Schritt vorübergehender Schritt zurückwärts würde unserer Volksgesundheit, unserer Kultur, dem Glauben und dem Wohlstand im Lande im Allgemeinen das deutsche Volkens im Allgemeinen ja beträchtlichen Abbruch tun, daß er deshalb nie unternommen werden darf.“

Die „Deutsche Arbeitszeitung“ für das Baugewerbe“ kommt zu ihrer abschließenden Stellung gegenüber einer unangenehmen Spararbeit in der Bauweise unter anderem auch deshalb, weil dadurch viele Handwerker geschädigt werden. Dieser Grund darf keineswegs die letzten Gründe nicht ausschlaggebend sein. Gebaut werden darf nach unserer Meinung nach dem Kriege nicht in erster Linie, um einen Anzahl Handwerker gute Gewinne zu beschaffen, sondern um die vorhandenen Wohnbedürfnisse zu befriedigen. Soweit sich Güte mit Wirtschaftlichkeit vereinbaren läßt, haben wir, wie wir bereits früher erwähnt haben, gegen eine sparsame Bauweise nichts einzuwenden, auch wenn dadurch den Arbeitern manche Arbeit verloren geht. Aber die Spararbeit darf nicht erkauft werden auf Kosten der Volksgesundheit und Kultur, und in dieser Beziehung ist das, was die „Deutsche Arbeitszeitung“ für das Baugewerbe“ gegen die Gebäudesparer, Behaubanten usw. sagt, unseres Erachtens durchaus ernst zu nehmen. Wenn nämlich die genannte Zeitung meint, man sollte wegen Mangels an Baufeldern das Bauen von Kleinwohnungen vorläufig ganz unterlassen und damit warten, bis wieder genügend Baufelder zu billigen Preisen vorhanden sind, so können wir dieser Ansicht nicht zustimmen. In Kleinwohnungen, wie die „Arbeitszeitung“ für das Baugewerbe“

„werbe“ glaubt, lassen sich die Hunderttausende Familien, die nach dem Kriege wohnungslos sein werden, nicht unterbringen; ganz abgesehen davon, daß auch Dachwohnungen nichts weniger als einmännig sind. Zur Behebung der Wohnungsnot wird man sich schon entschließen müssen, so rasch als möglich ordentliche Wohnungen zu bauen.

Berichte.

Wdh. Unser Arbeitsnachweis. Trohden die Mautigkeit infolge Fertigstellung vieler Kleinbauten im Vergleich zum Vorjahre erheblich nachgelassen hat, ist die Nachfrage nach Bauarbeitern noch immer groß. Viele Unternehmer nehmen unsere Arbeitsnachweise in Anspruch; diese sind aber sehr oft nicht imstande, die gewünschten Arbeiter zu stellen. In diesem Umstande tragen auch unsere Mitglieder viel Schuld, weil sie sich nicht daran gewöhnen können, sich bei Arbeitslosigkeit sofort auf unsern Bureau zu melden. Würde dies in jedem Falle geschehen, dann läge dies ebenjenseitig im Interesse unserer Kollegen der Gestaltung des Arbeitsnachweises wäre es möglich, die Kollegen an Arbeitsstellen unterzubringen, wo geordnete und gute Lohn- und Arbeitsbedingungen sind. Dies ist für unsere Kollegen, besonders während der Gestaltung des Arbeitsnachweises, von großer Bedeutung. Denn so mancher Kollege, der ohne die Arbeitsnachweise kennen, blüht sich ihm gerade hietende Arbeitsgelegenheit annimmt, hat seine Unvorsichtigkeit bald bereut. Wenn hätte er oft noch am selben Tage die neue Arbeit, weil sie ihn ganz und gar nicht aufregt, quittiert, wenn er nicht durch die Verneinung des Arbeitsnachweises daran gehindert worden wäre. Gätte er sich vor der Arbeitsnachweise auf unsern Nachweis erkundigt, dann wäre er sicherlich vor Schaden und Verdruß bewahrt geblieben. Unsere Kollegen unterzeichnen dies auch den Nutzen, der dem Verbande in organisatorischer Beziehung daraus erwächst, wenn er auf die Beschäftigung gewisser Arbeitsstellen Einspruch hat. Dann würde mancher Unternehmer, dem gewisse Arbeitsnachweismittel ungenügend sind, sich bei den Kollegen umwirrt behauptet, schwierig die erforderlichen Arbeitskräfte erhalten, oder wenn doch, dann solche, die das Zeug dazu hätten, er nicht so gut auf ihn und seine Umgebung zu wirken. Mancher empfinden solche Kollegen, die arbeitslos werden, sich sofort auf unsern Bureau arbeitslos melden, dann würde in mancher Beziehung vieles gebessert werden können. Um dies noch näher zu veranschaulichen, ein Beispiel: In einer hiesigen größeren Baufirma wollte der Unternehmer durchaus nur 1000 Mann 10000 Mann ausstellen lassen, auch weigerte er sich, das Gehalt zu bezahlen. Er ließ die Arbeiter auf keine Weise los, um Arbeitskräfte zu erhalten, aber ohne Erfolg. Wir schickten ihm natürlich auch keine. Endlich erklärte er sich bereit, 10000 Mann Gehalt zu zahlen, und siehe da, in kurzer Zeit hatte er so viele Arbeiter, daß er keine mehr einstellen konnte, wie haben sie ihn geachtet. In einer Baufirma, die auf 21. April stattfand, wurde darüber gesagt, daß sich ein Kaufherr einer hiesigen Firma die Umgestaltungsarbeiten eines Geschäftshauses gegenüber den Kollegen gestalte. Der Vertreter der Kollegen war der Meinung, daß wir dieser Firma keine arbeitslosen Kollegen mehr zuweisen dürfen. Diesen Weg halten wir für verfehlt. Wir werden, soweit dies möglich ist, der Firma weiterhin Kollegen zuschicken, dies um so mehr, weil sie besser als viele andere bezahlt. Wir sind aber nicht so sehr, wie solche Kollegen sind, die das Zeug dazu haben, im Notfall entgegen auf den Bauarbeiter einzutreten. Wir sind überzeugt, wenn dies in gebührender Weise geschieht, dann werden weise Dinge über schlechte Behandlung verstummen. Uebigens, wo die Kollegen gut organisiert sind, da sind sie stark, auch gegenwärtig, und der Starke läßt sich nicht unwürdig behandeln. Er wird sich auch selten gegen eine unangemessene Behandlung

schlechten, 14, 15, 16 Stunden im Tage — von denen nur die Bauarbeiter ausgenommen waren — liegen die Arbeiter zwar nicht nach einer verkürzten Arbeitszeit, sondern nach der Verkürzung der Wochenarbeit durch die Gewinnung eines freien Wochentages, des „guten (blauen) Wochentags“ streben. Sie wollten die freie Zeit zur Ruhe, zu geselligen Tugenden, für den wöchentlichen Abgang haben. All das war nur möglich an einem freien Wochentag; denn der Sonntag war dem Mithrang und sonstiger fröhlicher Arbeit gewidmet, weltliche Vergnügung und die Erholung von Berufsangelegenheiten waren an ihm ausgeschlossen. Nach schweren Kämpfen, die durch das ganze 14. Jahrhundert gehen, eroberte sich die Gesellschaft ihren freien Tag in der Woche. Die Normalarbeitswoche jener Jahrzehnte entspricht dem Normalarbeitszeit unserer Zeit. Jährlich mußte diese Erzeugnisse immer wieder beigefügt werden, denn die Gesellen blieben dabei nicht lange genug Sieger.

Im 15. Jahrhundert und zu Beginn des 16. Jahrhunderts ist der gute Montag eine allgemeine Einrichtung; ein halber Feiertag, bald jede Woche, bald alle 14 Tage, ist nach heißen Wägen ersticken. Aber immer wieder kämpft das Meisteramt und die städtische Erhebung gegen diesen Programmplan der Gesellschaftsbewegung an, zeitweise liegen die Gesellen und eringen einen ganzen freien Tag, dann erlegt man ihn immer mehr ein, zuletzt bringt man den guten Montag ganz in Verzug und stellt seine Bedeutung unter strenge Kontrolle.

Den großen Wert der Arbeitsvermittlung verstanden die mittelalterlichen Gesellen sehr wohl zu schätzen. In noch höherem Maße als in unserer Zeit war der Einfluß auf das Arbeitsangebot ein Mittel, die Gesamtinteressen der Gesellschaft zu wahren. Die wandernden Gesellen suchten die Gebirge ihres Berufes in jedem Orte auf; dort erhielten sie gästliche Aufnahme, Pflege, Lohndas und Zehrlohn und den Rat, ob sie in der Stadt bleiben sollten oder

ziehungsweise bleiben dürfen, oder ob sie weiter ausziehen sollten nach einem anderen Orte. Die Gesellen waren also, mit besseren Unternehmern, denen man eher die Beachtung der Rechte der Gesellen zuzurechnen könnte, als an dem Orte, wo sie sich befinden. Diese wandernden Gesellen brachten Nachricht über die Lage der Berufsangelegenheiten, über die Art der Behandlung in den verschiedenen Städten, über den Streit mit den Gesellen von Ort zu Ort, von Land zu Land. So schufen sie eine Verbindung der Gesellschaften aller Orte, einen richtigen Zentralverband. Die wandernden Gesellen erstehen, als ob sie in der Regel nicht lesen und nicht schreiben konnten, durch ihre gegenseitigen Mitteilungen das Nachrichtenamt. Ihre Kampfmittel verwendeten die Gesellen aller Zeit die Berufsverklärung, den Ausstand, die Sperrung, den Boykott, die Blockade. So schufen sich die Gesellen Achtung bei den Meistern, Nachbarn, ihren Wägen gegenüber und gar manchen bedeutungsvollen Sieg.

Je mehr die Gesellen ihre Kampfmittel ausbauten, desto einflussreicher wurde sich der Rat der Stadt Nürnberg gegen ihre Organisationen. Was in unserer Zeit gegen die abgeleiteten Lohnkämpfe die Bürgerchaft auf, sie führten zu immer neuen Verwägen von Stadt und Reich, der Bewegung der Gesellen Einhalt zu tun. Immer härter wurden die Verwägen, immer strenger die Maßregeln, immer grausamer die Strafen. Trotz alledem und alledem konnten die Organisationen der Gesellen nicht vernichtet werden. Sie bestanden Jahrhunderte weiter im Gebieten. Als den Arbeitern das Koalitionsrecht nach Schaffung des Reiches auch in Bayern gewährt werden mußte, zeigte es sich, daß die alten Organisationen, insbesondere auch bei den Bauarbeitern, alle Organisationen, Verfolgungen und Verbote überstanden hatten, und daß sie fester denn je waren in der Tradition und im Lebenswillen des Volkes, als selbst das alte städtische Regiment, das meinte, den Willen der Gesellen beugen, ihre Verbindungen vernichten zu können! a. b.

Mit ganz klammernden Worten freilich ragen die alten Gesellenverbindungen Nürnbergs selbst noch in unsere Tage hinein. Sie haben den Boden vorbereitet für die kraftvollen Gewerkschaften Nürnbergs.

Für die Gemeinwirtschaft.

Die Grundlage des neuen städtischen Wohlstandes muß der städtische Boden bilden, der weder für den Willkürbau noch für den Grundstückspekulation, Grundbesitzer und Mietstrahlen gewonnen ist, nicht einmal für den sozialen Rentner, dem er am ehesten zu dienen war, dem er aber bei verteuerten Hypotheken und verminderten Bodenrenten keinen Segen mehr bringen wird. Sein Schicksal muß erleichtert werden durch Hypothekeneinstellung, Tilgungszuschüsse, vor allem durch Aufhebung erklagter Baubestimmungen. Dagegen muß der städtische Grund, neubau — in den Geschäftsbereichen in beliebiger Höhe —, in unerschöpflichen Verhältnissen und Bauformen, nach einigen Gesellen freies Eigentum der Gemeinden geworden sein. Die architektonische Veranschaulichung unserer Straßen wird, solange sie besteht, ein höheres Maß an Zeugnis geben von der Verachtung unserer Wirtschaftsgüter, die einem Stande unbenutzter Monopolen eine beständig gesteigerte Verfeinerung der Gemeinwesen in ihren besten Jahrzehnten zugewendet und ungeachtet Millionen an bürgerliche Rentenempfänger verschleudert haben, die zum Dank durch ihren Wageschuld unserer Epoche Schandmal über Schandmal aufdrücken. — Nicht minder als Grund und Boden sind städtischer Verkehr, Verteilung und Versorgung, mag es sich um Zuhör, Licht, Kraft, Wasser oder um Verbrauchsgüter handeln, die gebende Grundlage städtischer Wirtschaft, vorzugsweise in gemäßigtem Betriebe.

Walter Rathenau
aus seinem Buche: „Die neue Wirtschaft“,
erschienen im Verlage von Fischer, Berlin.



